

Sehr geehrter Herr Jetz,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Europawahl 2019, deren Eingang wir bereits bestätigt hatten.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

1. Umfassender EU-Aktionsplan für Gleichberechtigung von LSBTI

Wie wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass die EU einen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von LSBTI erhält?

Wir Freie Demokraten setzen uns für starke Bürgerrechte ein, auf die sich jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union, egal in welchem Mitgliedstaat, verlassen kann und die in einem neuen Entwurf einer Europäischen Verfassung an exponierter Stelle garantiert werden. Die EU ist gegründet auf gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten. Auch wenn die Charta der Grundrechte der EU und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) diese Rechte garantieren, müssen sie täglich wieder verteidigt werden.

Nicht nur die einzelnen Abgeordneten im Europäischen Parlament, sondern auch die Kommission und ihre Beschäftigten müssen hinsichtlich der Belange von LSBTI sensibilisiert sein. Gemeinsam sollten sie dafür eintreten, dass in allen Mitgliedstaaten die Freiheit und Selbstbestimmung von LSBTI gewährleistet ist.

Ein systematischer Aktionsplan kann helfen, dieses Ziel durch einen koordinierten Einsatz der Institutionen der EU zu erreichen. Dafür muss ein neuer Anlauf genommen werden – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, die diese Anliegen teilen.

Welche Themen und Maßnahmen soll der Aktionsplan Ihrer Partei nach beinhalten?

Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Die Europäische Union darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit oder Homophobie muss auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden.

Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein fundamentales Grundrecht, das für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gilt, also selbstverständlich auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI). Demonstrationen von LSBTI müssen unionsweit ungehindert und sicher stattfinden können. Einschränkungen, über das Leben homosexueller Menschen sachlich aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Auch für Beitrittskandidaten darf es keinen Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LSBTI geben.

Wir Freie Demokraten wollen die Kernpunkte, die wir auf unserem Europaparteitag für die Rechte und die Gleichstellung von LSBTI beschlossen haben, in einem solchen Aktionsplan verankert sehen:

- einen Rechtsrahmen, in dem bestehende gleichgeschlechtliche Ehen in allen Mitgliedstaaten der EU anerkannt werden
- die Sicherung des Demonstrationsrechts und der sachlichen Aufklärung über LSBTI in der ganzen Union
- die Förderung von Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität einsetzen, durch die EU
- die Ausweitung von Rechtsakten der EU gegen Rassismus auf Homophobie
- die Förderung von Diversity Management in der Arbeitswelt als Strategie auf EU-Ebene
- bei Beitrittskandidaten die konsequente Einbeziehung von LSBTI-Rechten in den Beitrittsprozess
- konkrete Maßnahmen in der gemeinsamen Außen- und Entwicklungspolitik der EU: Förderung von LSBTI-Projekten und Sanktionen bei Strafverschärfungen gegen Homosexuelle

Wichtig ist uns hierbei, dass der Aktionsplan klar definierte, messbare und terminierte Ziele und Maßnahmen ausweist und damit über Äußerungen des guten Willens hinausgeht.

Im Blick auf die Mitgliedstaaten setzen wir Freie Demokraten auf Dialog und Überzeugungskraft. Gleichzeitig müssen der EU aber wirksame Sanktionsmechanismen zur Verfügung stehen, wenn Bürgerrechte systematisch eingeschränkt werden. Die Sanktionsmechanismen müssen so ausgestaltet sein, dass sie nicht durch eine kleine Minderheit von Mitgliedstaaten blockiert werden können. Wir treten für eine Aufwertung der europäischen Grundrechteagentur ein. Dazu fordern wir, dass die Agentur ein Mandat zur politischen Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedstaaten der EU erhält. Mit dieser Aufwertung der Agentur wollen wir eine neue Grundwerteinitiative starten, die eine Verteidigung

europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht. Zudem muss der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) personell und finanziell gestärkt werden.

2. Diskriminierungsschutz ausbauen

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Schutz vor Diskriminierung für LSBTI in Europa gestärkt wird?

Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen. Das betrifft ausdrücklich auch die Antidiskriminierungsrichtlinien. Unabhängig davon, ob die Richtlinien – wie von Deutschland vorgetragen – Probleme mit dem Subsidiaritätsprinzip bereiten: es gibt sie und dabei darf es keine Hierarchisierung von Diskriminierungen geben.

Die Europäische Union muss ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Bereich engagieren, sollen daher stärker als heute bedarfsorientiert von der EU gefördert werden.

Europaweit soll das unternehmerische Konzept des ganzheitlichen Diversity Managements in der Arbeitswelt umgesetzt werden, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schaffen. Dialoge zwischen Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften über Best Practices sollen dabei helfen, in Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst der EU diesen Ansatz als Teil einer ökonomischen Modernisierungsstrategie zu verankern.

Wie wird sich Ihre Partei im Parlament für EU-weite Maßnahmen zum Abbau von bestehenden Diskriminierungen und Barrieren im Gesundheitssektor einsetzen?

Der diskriminierungsfreie Zugang zu allgemein zugänglichen Gesundheitsdienstleistungen sollte analog der geltenden Antirassismus-Richtlinie durch eine Richtlinie der Europäischen Union garantiert werden. Darüber hinaus liegt die Gesundheitspolitik insbesondere hinsichtlich der Erstattung von Leistungen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

3. Rechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen gewährleisten

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU endlich beendet werden?

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Notwendigkeit der Einwilligung in medizinische Maßnahmen muss in der Europäischen Union gewahrt sein. Wir werden uns daher im Rahmen der Kompetenzen der EU entsprechend einsetzen.

Wie wird sich Ihre Partei für die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern einsetzen?

Das Personenstandsrecht der Mitgliedstaaten bedarf einer gemeinsamen Grundlage. Wenn hier kurzfristig keine einheitliche Regelung möglich ist, so müssen zumindest Entscheidungen der Mitgliedstaaten zur dritten Geschlechtsoption diskriminierungsfrei in anderen Mitgliedstaaten der EU respektiert werden. Dies erfordert schon die Freizügigkeit innerhalb des Binnenmarktes.

4. Maßnahmen gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen ergreifen

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine EU-weite Rechtssetzung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen geben wird?

Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen aus Sicht von uns Freien Demokraten auch Homophobie und Transphobie umfassen. Das gilt auch für Regelungen zu Hassverbrechen.

Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass homophobe und transfeindliche Gewalttaten in der EU in Zukunft wirksam und präventiv bekämpft werden?

Wie zuvor dargestellt wollen wir, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der Europäischen Union gefördert werden. Außerdem wollen wir mit Unterstützung der EU ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Beides wirkt gewaltpräventiv.

Generell ist die Gewaltprävention nach der Aufgabenverteilung innerhalb der EU zunächst Aufgabe der Mitgliedstaaten. Sie können hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

5. Respekt in Schule und Alltag stärken

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass an Schulen EU-weit Programme und Maßnahmen gegen Mobbing und auch gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale umgesetzt werden?

Die Schulpolitik ist nationale Aufgabe, in Deutschland sogar Ländersache. Die Kompetenzen der Europäischen Union sind hier sehr beschränkt. Die EU kann insbesondere keinen Zugang von Schulaufklärungsprojekten in Schulen erzwingen. Allerdings kann sie flankierend tätig werden.

Wie zuvor dargestellt wollen wir Freie Demokraten, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der EU gefördert werden. Das umfasst auch NGOs im Bereich der Schulaufklärung.

Vor allem muss die EU darauf hinwirken, dass die altersadäquate Schulaufklärung nicht durch „Homopropaganda“-Gesetze eingeschränkt wird. Ein entsprechendes Gesetz in Litauen schränkt unter dem Deckmantel des Jugendschutzes die Meinungsfreiheit inakzeptabel ein.

6. Vielfalt der Familienformen europaweit anerkennen

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU rechtliche Lücken in der Frage der Freizügigkeit und gegenseitigen Anerkennung von Familien mit gleichgeschlechtlichen bzw. transgeschlechtlichen Eltern schließt?

Wir Freie Demokraten stehen für die Freizügigkeit aller Beschäftigten und Selbstständigen in Europa. Sie darf bestimmte Gruppen der Bevölkerung nicht ausschließen. Wenn Familienangehörige einer EU-Bürgerin oder eines EU-Bürgers nicht am Arbeitsort leben und arbeiten können, wenn das gesellschaftliche Klima gegenüber einer Gruppe feindlich ist und man Gewalt fürchten muss, dann steht die Freizügigkeit nur auf dem Papier. Hieraus kann die EU ihre Regelungskompetenz ableiten.

Ehepartner und eingetragene Lebenspartner von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern müssen überall in der EU als Ehegatten anerkannt werden. Der Schutz von Ehe und Familie muss für alle Menschen gewahrt sein.

7. LSBTI-Asylsuchende schützen

Wie wird sich Ihre Partei gegenüber Rat, Kommission und Parlament dafür einsetzen, dass LSBTI legale und sichere Wege der Flucht in die EU offenstehen, und sie nicht in Verfolgerländern wie beispielsweise Marokko oder Libyen festsitzen, wo ihnen Gewalt und Ausbeutung drohen?

Wir wollen legale Wege der Migration ausbauen. Schutzbedürftige sollen sich nicht auf eine lebensgefährliche Reise begeben müssen, um humanitären Schutz zu erhalten. Daher möchten wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind. Dazu müssen im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert werden.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass homo- und bisexuelle Personen in der Regel einen Schutzstatus erhalten, wenn sie aus Ländern fliehen, in denen gleichgeschlechtliche Handlungen mit Haft- oder gar Todesstrafe bedroht sind?

Menschen, die glaubhaft machen, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in ihrem jeweiligen Herkunftsland verfolgt werden, haben selbstverständlich einen Anspruch auf Schutz in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist uns ein Anliegen, diese zivilisatorische Errungenschaft, die in unserem Grundrecht auf Asyl und internationalen Vereinbarungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention ihren Ausdruck finden, zu bewahren.

Bei Asylbewerbern aus den festgelegten sicheren Herkunftsstaaten muss in der Praxis sichergestellt werden, dass sie ihre individuelle Verfolgung in der verkürzten Frist glaubhaft machen können. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass es für besonders vulnerable Personen wie zum Beispiel LSBTI besondere Beratungsstellen gibt, damit gewährleistet ist, dass diese von der Möglichkeit eines regulären Asylverfahrens Gebrauch machen können.

In Nordrhein-Westfalen ist das mit unserem liberalen Flüchtlingsminister Joachim Stamp bereits gelebte Praxis. Wir wollen, dass das bundesweit die Regel wird. Auch bei einem einheitlichen Asylrecht der EU, das wir anstreben, muss das Standard werden. Entsprechende Beratungsstellen müssen flächendeckend eingerichtet werden und mit ausreichend geeignetem Personal ausgestattet werden. Auch bei externen Übersetzern muss sichergestellt werden, dass sie keine LSBTI-feindliche Einstellungen haben, die die Betroffenen einschüchtern.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Umsetzung der europaweit festgelegten Bestimmungen zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen wie LSBTI verstärkt kontrolliert?

Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Ein Angriff auf die Minderheiten ist immer ein Angriff auf die ganze Gesellschaft. Die Europäische Union darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen.

Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsstaatsmechanismus weiter stärken. Die Institutionen der EU müssen ihre Kontroll- und Schutzmechanismen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von LSBTI, ausüben, um einen umfassenden und flächendeckenden Schutz zu gewährleisten.

8. Menschenrechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen verteidigen

Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt geschützt und LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit gestärkt werden?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, deren Anwendbarkeit zu relativieren.

Wir setzen uns für eine innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union und mit den Mitgliedstaaten abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein. Dabei stehen wir für eine wertebasierte Entwicklungspolitik mit einem starken Fokus auf die Stärkung der Menschenrechte.

Das beinhaltet für uns selbstverständlich auch die Rechte von LSBTI und Menschenrechtsaktivisten, die sich für die Belange von LSBTI einsetzen. Ihre Arbeit wollen wir in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterstützen.

Wenn wir feststellen, dass es in Partnerländern zu Strafverschärfungen gegen LSBTI kommt, ist die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, die Budgethilfe zu streichen und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden.

Die LSBTI-Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen vor Ort sind hier zentraler Partner und müssen auch finanziell angemessen unterstützt werden.

Auch außerhalb von Entwicklungspartnerschaften wollen wir uns stets für die Rechte und den Schutz von LSBTI stark machen. Eine Stärkung der gemeinsamen Außenpolitik der EU würde den Einfluss Europas als Stimme der Menschenrechte in der Welt voranbringen.

9. Mit gutem Beispiel vorangehen

Wie wird sich Ihre Partei aktiv und sichtbar für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTI im Parlament einsetzen?

Wir Freie Demokraten werden im Europäischen Parlament aktiv darauf hinarbeiten, jede Form der Diskriminierung gegenüber LSBTI zu bekämpfen und abzubauen, sachliche Aufklärung unionsweit zu ermöglichen und zu fördern, Menschenrechtsverletzungen an LSBTI zu sanktionieren und ein Europa der Vielfalt zu schaffen – mit Einsatz in den Ausschüssen, im Plenum, in der Intergroup und in unserer Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist Kernbestand unserer Bürger- und Menschenrechtspolitik und folgt unserem Leitbild, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen voranzubringen.

Zudem kandidieren auf der Bundesliste der FDP vier offen schwule Kandidaten auf den ersten 16 Plätzen. Wir arbeiten nicht nur für die Interessen von LSBTI, wir repräsentieren sie auch. Allein deshalb können Sie davon ausgehen, dass die Freien Demokraten bei den Rechten von LSBTI sehr sichtbar sein werden.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Europawahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Nicola Beer". The signature is fluid and cursive, with the first name "Nicola" and the last name "Beer" clearly distinguishable.

Nicola Beer MdB
Staatsministerin a.D.
Generalsekretärin

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de
www.fdp.de